



AMNESTY
INTERNATIONAL



Your Excellency,
from the global human rights organization Amnesty International, I have learned of the fate of human rights lawyer Gao Zhisheng, who has represented human rights advocates in court and who has taken on politically controversial cases. This commitment to human rights has made him well-known in China.

In late 2005, immediately after Gao Zhisheng had made critical remarks about the government in several open letters, the judicial authorities in Beijing revoked his license to practice law. More than ten years later, on August 13, 2017, Gao Zhisheng was reported missing by his family. As the authorities have refused to disclose his whereabouts, he has since been considered a victim of enforced disappearance and is at risk of torture or ill-treatment. His family continues to have no information about his health or the reasons for his detention. Gao Zhisheng has already been a victim of enforced disappearance in the past and was detained as a non-violent political prisoner. At that time, according to his own statements, he was repeatedly tortured. Despite all this, Gao Zhisheng continued to publicly advocate for human rights until the time of his renewed disappearance.

Please disclose the whereabouts of Gao Zhisheng and have him released immediately and unconditionally. Please make sure that he is not tortured or mistreated in detention. In addition, until his release, he must receive regular unrestricted contact with his family, legal counsel of his choice, and appropriate medical care.

Name, Ort

Unterschrift

Dear Mr. Raisi,
from the worldwide human rights organization Amnesty International as I have learned about the human rights activities of the couple Golrokh Ebrahimi Iraee and Arash Sadeghi. Prior to their arrest in September, 2014, they campaigned against the death penalty and for the right to freedom of expression, including for political prisoners. They were sentenced to long prison terms in unfair trials and, after interim releases on bail, were imprisoned again. In prison they were tortured and mistreated: Golrokh Ebrahimi Iraee was subjected to long interrogations while blindfolded and was threatened with execution for „insulting Islam.“ Arash Sadeghi stated that while in custody between September 2014 and March 2015 he was slapped, kicked, punched in the head, and choked. Following a 71-day hunger strike, Arash Sadeghi has been suffering from numerous illnesses. Because the authorities repeatedly refused to transfer him to medical facilities outside of prison, his health has deteriorated. When he was finally examined at the hospital in May 2018, doctors discovered a bone tumor. Amnesty International considers the denial of treatment for the cancer and the suffering it causes to be torture. I respectfully ask that Arash Sadeghi and Golrokh Ebrahimi Iraee be immediately and unconditionally released. They are non-violent political prisoners, imprisoned solely for their work toward freedom of expression and human rights. Until their release, they must be protected from torture or ill-treatment and must have regular access to legal counsel, family members, and medical treatment. Further, please investigate the allegations of torture and see that those responsible are held accountable in a fair trial.

Name, Ort

Unterschrift

BITTE
FREIMACHEN
0,95

Zhao Kezhi
Minister of Public Security
14 Dongchanganjie, Dongchengqu
Beijing Shi 100741
PEOPLE'S REPUBLIC OF CHINA

BITTE
FREIMACHEN
0,95

Head of the Judiciary
Mr. Ebrahim Raisi
c/o Permanent Mission of Iran to
the UN
Chemin du Petit-Saconnex 28
1209 Geneva
SCHWEIZ

MACH MIT

bei Amnesty International!

Dieses kleine MACH-MIT-HEFT erscheint regelmäßig und enthält **POSTKARTEN** gegen das Vergessen, eine **SAMMEL-PETITION**, die Dokumentation unserer Erfolge, Fälle zum **DRAN-BLEIBEN** und Hinweise auf laufende **KAMPAGNEN**.

Falls die Postkarten gegen das Vergessen, die den Außenumschlag des Heftchens bilden, schon abgenommen sind, finden Sie diese auch unter www.amnesty-machmitt.de.

Jeder Mensch kann mithelfen die Situation der Menschenrechte global zu verbessern. Der einfachste Einstieg dazu ist diese Broschüre, die alle Mitglieder und Förderer der daran beteiligten Bezirke von Amnesty International in Deutschland regelmäßig erhalten.

Wenn auch Sie Lust haben, sich mit diesem Heft regelmäßig an unseren weltweiten Appellen und Petitionen zu beteiligen, werden Sie einfach Förderer oder Mitglied bei uns.

Wie Sie uns finden, erfahren Sie auf der letzten Seite dieses Heftchens.

Vielen Dank für's Mitmachen!

CHINA GAO ZHISHENG

Gao Zhisheng ist ein in China bekannter Menschenrechtsanwalt. Er hat Menschenrechtsverteidiger_innen vor Gericht vertreten und politisch brisante Fälle übernommen. Ende 2005 entzog ihm die Justizbehörde in Peking die Zulassung als Rechtsanwalt. Dies geschah unmittelbar, nachdem Gao Zhisheng sich in mehreren offenen Briefen kritisch über die Regierung geäußert hatte. Am 13. August 2017 wurde Gao Zhisheng von seiner Familie als vermisst gemeldet. Da sich die Behörden weigern, seinen Aufenthaltsort bekannt zu geben, gilt er als Opfer des Verschwindenlassens und ist in Gefahr, gefoltert oder misshandelt zu werden. Seine Familie weiß nichts über seinen Gesundheitszustand oder die Gründe für seine Inhaftierung. Gao Zhisheng befand sich bereits in der Vergangenheit als gewaltloser politischer Gefangener in Haft und war Opfer des Verschwindenlassens. Damals wurde er eigenen Angaben zufolge gefoltert. Trotzdem setzte sich Gao Zhisheng bis zum Zeitpunkt seines erneuten Verschwindens weiterhin für die Menschenrechte ein und übte nach wie vor Kritik an der Kommunistischen Partei Chinas. Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den chinesischen Minister für öffentliche Sicherheit und fordern Sie ihn auf, den Aufenthaltsort von Gao Zhisheng bekanntzugeben und dafür zu sorgen, dass er umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Bitten Sie ihn, sicherzustellen, dass Gao Zhisheng in der Haft nicht gefoltert oder misshandelt wird. Außerdem muss er bis zu seiner Freilassung regelmäßig uneingeschränkten Kontakt zu seiner Familie, einem Rechtsbeistand seiner Wahl sowie angemessener medizinischer Versorgung erhalten.

IRAN ARASH SADEGHI UND GOLROKH EBRAHIMI IRAEE

Die Eheleute Golrokh Ebrahimi Iraee und Arash Sadeghi setzten sich vor ihrer Festnahme im September 2014 für die Menschenrechte ein, unter anderem für politische Gefangene und Meinungsfreiheit sowie gegen die Todesstrafe. In unfairen Verfahren wurden sie zu langen Haftstrafen verurteilt. Nach zwischenzeitlichen Freilassungen gegen Kaution sind beide nun wieder inhaftiert.

Im Gefängnis wurden sie gefoltert und misshandelt. Golrokh Ebrahimi Iraee unterwarf man mit verbundenen Augen langen Verhören und drohte ihr mit Hinrichtung, weil sie „den Islam beleidigt“ habe. Arash Sadeghi gab an, zwischen September 2014 und März 2015 im Gewahrsam mit offener Hand geschlagen, getreten, mit Fausthieben gegen den Kopf traktiert und gewürgt worden zu sein.

Seit einem 71-tägigen Hungerstreik leidet Arash Sadeghi an zahlreichen Erkrankungen. Weil ihm die Behörden die Verlegung in medizinische Einrichtungen außerhalb des Gefängnisses immer wieder verweigerten, verschlechterte sich sein Zustand. Als er im Mai 2018 endlich im Krankenhaus untersucht wurde, stellten die Ärztinnen einen Knochentumor fest.

Im September 2020 wurde eine Bestrahlung der Tumorregion angedacht. Diese erfolgte aber nicht. Auch die Forderung der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte im September 2020, ihm wegen der Corona-Ansteckungsgefahr Hafturlaub zu gewähren, wurde abgelehnt. Amnesty International betrachtet die Verweigerung der Krebsbehandlung und die dadurch verursachten Leiden als Folter.

IBRAHIM EZZ EL-DIN

In der Nacht des 11. Juni 2019 nahmen Sicherheitskräfte in Zivil Ibrahim Ezz El-Din in seinem Viertel Moqattam in Kairo auf der Straße fest. Seither ist er „verschwunden“. Nach seiner Festnahme erkundigte sich die Familie gemeinsam mit Anwält_innen auf der Polizeiwache von Moqattam nach seinem Verbleib, die Behörden bestritten jedoch, ihn in Gewahrsam zu halten. Darüber hinaus schickte die Familie zusammen mit Anwält_innen ein Telegramm an die Staatsanwaltschaft und erstattete wegen seines Verschwindens Anzeige.

Ibrahim Ezz El-Din arbeitet bei der Ägyptischen Kommission für Rechte und Freiheiten (ECRF) zum Recht auf Wohnen. Er untersucht, ob die Behörden des Landes allen Menschen Zugang zu sicherem und bezahlbarem Wohnraum bieten, dokumentiert rechtswidrige Zwangsräumungen und Stadtplanungsmaßnahmen. Seit 2016 wurden außer ihm bereits vier Mitarbeiter_innen des ECRF festgenommen.

Die Festnahme von Ibrahim Ezz El-Din belegt einmal mehr die Menschenrechtskrise in Ägypten. Die Behörden gehen hart gegen die Zivilgesellschaft vor und haben bereits Hunderte Menschen festgenommen, die lediglich eine legitime Tätigkeit ausübten oder ihre Rechte auf friedliche Meinungsäußerung und Versammlung wahrgenommen haben. Viele der Festgenommenen wurden inhaftiert oder fielen dem Verschwindenlassen zum Opfer, ehe man sie wegen unbegründeter „Terrorvorwürfe“ anklagte und monate- oder gar jahrelang in Untersuchungshaft festhielt, ohne sie jemals vor Gericht zu stellen.

BURKINA FASO

ZWANGSVERHEIRATUNG

In Burkina Faso werden jährlich Tausende junge Mädchen zwangsverheiratet. Sie erhalten meist keinen Zugang zu Bildung und sind in der Ehe häufig sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Bei der Geburt ihrer eigenen Kinder schweben sie teils in Lebensgefahr. Ein 13-jähriges Mädchen berichtete Amnesty International, dass sie drei Tage lang mehr als 160 Kilometer zu Fuß zurückgelegt hat, um der Zwangsverheiratung mit einem 70-jährigen Mann zu entkommen, der bereits fünf Frauen hatte.

Während seiner ersten Amtszeit versprach Präsident Roch Kaboré, Zwangs- und Kinderehen zu verbieten. Zwar hat die Regierung 2015 eine nationale Strategie auf den Weg gebracht, um Kinderehen bis 2025 zu beenden, und auch das Strafgesetzbuch wurde überarbeitet, aber diese ersten Bemühungen zum Schutz der Mädchen reichen noch nicht aus.

Assange nicht an USA ausgeliefert

Ein Londoner Gericht hat Anfang Januar die Auslieferung des Wikileaks-Gründers Julian Assange an die USA abgelehnt. Im Falle einer Verurteilung hätten ihm dort 175 Jahre Haft gedroht. Richterin Vanessa Baraitser verweist in ihrer Begründung auf die Haftbedingungen in den USA, die dazu führen könnten, dass Assange Suizid begehe. Die USA legten Berufung gegen die Entscheidung ein. Assanges Verteidiger forderten, ihn gegen Kautionsfreizulassen. Das Gericht lehnte seine Haftentlassung jedoch ab. Seit eineinhalb Jahren ist Assange im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftiert. Aus Sicht von Amnesty International hätte er während des Entscheidungsprozesses über den Auslieferungsantrag erst gar nicht inhaftiert werden dürfen. Die USA werfen Assange Spionage und die Veröffentlichung geheimer Unterlagen vor. Er hatte sich Zugang zu geheimen Informationen über Handlungen des US-Militärs verschafft, die möglicherweise Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen darstellen, und diese veröffentlicht. Amnesty beurteilte die Vorwürfe gegen Assange als politisch motiviert und lehnte eine Auslieferung an die USA entschieden ab.



Der Aufenthaltsort des bekannten Uiguren **Tashpolat Tiyp** ist immer noch unbekannt und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die chinesischen Behörden den Akademiker hinrichten. Tashpolat Tiyp fiel 2017 dem Verschwindenlassen zum Opfer. Seine Familie erhielt im September 2019 Berichte, dass er zum Tode verurteilt worden sei und die Vollstreckung für zwei Jahre ausgesetzt wurde. Die chinesischen Behörden ließen verlautbaren, dass er wegen Korruption vor Gericht stehe. Seine derzeitige Lage ist nicht bekannt. Ohne offizielle Informationen zu den Anklagen und Verfahren gegen ihn, herrscht große Sorge um Tashpolat Tiyp.

Amnesty fordert:

Geben Sie umgehend den Aufenthaltsort von Tashpolat Tiyp bekannt, gestatten Sie ihm Zugang zu seiner Familie und stellen Sie sicher, dass er weder gefoltert noch in anderer Weise misshandelt wird.

Stellen Sie sicher, dass Tashpolat Tiyp ein faires Verfahren gemäß internationalen Standards erhält, insbesondere im Hinblick auf ein transparentes Verfahren und den regelmäßigen Zugang zu einem Rechtsbeistand seiner Wahl.

Stoppen Sie umgehend alle Pläne für die Hinrichtung von Tashpolat Tiyp.

STOP TARGETING UYGHURS AND OTHER MUSLIM MINORITIES

President
Xi Jinping
Zhongnanhai, Xichang'an/jie
Xichengqu, Beijing Shi 100017
CHINA

Dear President Xi:

I am writing to voice my concerns about reports of human rights violations on Uyghurs, Kazakhs and other predominantly Muslim people, both in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region (Xinjiang) and outside China. I call on your government to take urgent and effective measures to protect them from being arbitrarily detained in "transformation-through-education" facilities in the name of "de-extremification" and stop all kinds of harassment and intimidation against Uyghur communities and members of other ethnic groups living abroad.

Amnesty International has collated information from approximately 400 people across the world who report losing touch with relatives and friends inside Xinjiang and fear that they have been detained in such facilities. There are credible reports that these facilities are being used to force people to repudiate their religious beliefs and aspects of their cultural identity and prove their unqualified political loyalty to China and the Communist Party. The secretive and undocumented nature of the way people are going missing there makes it nearly impossible to trace or confirm the whereabouts of any particular individual.

Uyghurs living overseas are suffering from harassment and intimidation by the Chinese authorities. Individuals recount intrusive surveillance, intimidating phone calls, negative consequences of speaking out and planting seeds of suspicion among the communities outside China. Their family members in China are targeted by the Chinese authorities to suppress their activism abroad. They also fear that other governments will be pressured by China to repatriate Uyghurs who have left China.

1

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

2

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

3

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

4

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

5

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

Die Adressen werden nur im Sinne der Petition genutzt und nicht an Dritte weitergegeben.
Bitte senden Sie diese Petitionsliste bis zum 30.06.2021
direkt an den Adressaten (siehe Adresse oben).

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Themenkoordinationsgruppe Religion und Menschenrechte
c/o Gerold Slemmer

Kapitän-Sässen-Str. 7 26871 Papenburg

E: kontakt@amnesty-religion.de, W: amnesty-religion.de

SPENDENKONTO : Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE23 3702 0500 0108 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX



Sachlage

Tashpolat Tiyip fiel 2017 auf dem Internationalen Flughafen von Peking dem Verschwindenlassen zum Opfer. Er war zu dem Zeitpunkt Präsident der Universität Xinjiang und gerade mit einer Gruppe Studierender auf dem Weg zu einer Konferenz in Deutschland. Seither befindet er sich in Haft, ohne dass sein Aufenthaltsort bekannt ist. In einem geheimen und grob unfairen Verfahren wurde er Berichten zufolge des „Separatismus“ schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Todesurteils wurde allerdings für zwei Jahre ausgesetzt, d.h. die Strafe kann nach zwei Jahren in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt werden, wenn keine weiteren Straftaten begangen werden. Die zwei Jahre sind inzwischen abgelaufen.

Am 27. Dezember 2019 bestritt ein_e Sprecher_in des chinesischen Außenministeriums diesen Bericht und behauptete, dass Tashpolat Tiyip der Korruption und Bestechung verdächtigt werde und sein Fall noch nicht entschieden sei. Doch es gibt keine weiteren Informationen zu einem Gerichtsverfahren oder andere Einzelheiten seines Falls. Es gibt Anlass zu großer Besorgnis, dass der Aufenthaltsort und die Lage von Tashpolat Tiyip völlig unklar sind, insbesondere da die Möglichkeit besteht, dass er hingerichtet werden könnte.

Ein Todesurteil zu fällen, während eine Person Opfer des Verschwindenlassens ist und geheime Gerichtsverfahren laufen, wäre willkürlich und ein Verstoß gegen internationale Menschenrechtsnormen.

Amnesty International wendet sich in allen Fällen, weltweit und ausnahmslos gegen die Todesstrafe, ungeachtet der Schwere und der Umstände einer Tat, der Schuld, Unschuld oder besonderen Eigenschaften des Verurteilten, oder der vom Staat gewählten Hinrichtungsmethode, da sie das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht auf Leben verletzt und die grausamste, unmenschlichste und erniedrigendste aller Strafen darstellt. Amnesty setzt sich seit über 40 Jahren für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein.

Inzwischen haben 142 Länder weltweit die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft.

EREN KESKEN zu mehr als sechs Jahre Haft verurteilt

Die türkische Menschenrechtsanwältin Eren Keskin ist Mitte Februar von einem Gericht in Istanbul zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Im Hauptverfahren gegen die Zeitung Özgür Gündem, deren Chefredakteurin sie zeitweise war, sprach man sie wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung schuldig. Solange das Urteil nicht rechtskräftig ist, bleibt Keskin in Freiheit. Sie darf die Türkei aber nicht verlassen. Die Rechtsanwältin ist seit 1984 vor allem mit politischen Fällen befasst und steht wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte seit Jahren im Visier der türkischen Behörden. Insgesamt wurden mehr als 140 Strafverfahren gegen sie eröffnet. Die gegen sie verhängten Haftstrafen addieren sich auf knapp 24 Jahre. 2001 erhielt Keskin für ihr Engagement den Menschenrechtspreis der deutschen Sektion von Amnesty International. Amnesty bezeichnete die Terrorismusvorwürfe als absurd und das Urteil als politisch motiviert.



Erfolge

DÄNEMARK Das Parlament verabschiedete am 17. Dezember 2020 ein Gesetz, das Sex ohne Zustimmung als Vergewaltigung definiert. Damit ist Dänemark das zwölfte Land in Europa, das seine Gesetzgebung anpasst. Bisher wurden viele Vergewaltigungen in Dänemark nicht angezeigt, weil die Chancen gering waren, die Täter vor Gericht zu stellen und zu verurteilen. Das dänische Justizministerium schätzt, dass jedes Jahr rund 11.400 Frauen Opfer einer Vergewaltigung oder versuchten Vergewaltigung wurden. 2019 wurden jedoch nur 1.017 Vergewaltigungen bei der Polizei angezeigt und nur 79 Täter verurteilt. Amnesty International in Dänemark hatte sich jahrelang dafür eingesetzt, die weitgehende Straflosigkeit bei Vergewaltigungen zu beenden.

SAUDI-ARABIEN Die saudische Frauenrechtlerin Loujain al-Hathloul ist Mitte Februar aus dem Gefängnis entlassen worden. Sie war 2018 inhaftiert worden, weil sie sich für die Aufhebung des Fahrverbots für Frauen eingesetzt und das Ende der männlichen Vormundschaft gefordert hatte. Im Gefängnis wurde sie gefoltert, sexuell belästigt und in Einzelhaft gehalten. Ein Sonderstrafgerichtshof verurteilte Loujain al-Hathloul in einem unfairen Prozess wegen »Verschwörung gegen das Königreich« zu fünf Jahren und acht Monaten Haft. Vom Strafmaß wurden zwei Jahre und zehn Monate zur Bewährung ausgesetzt, sodass sie nun unter Auflagen freikam. Amnesty hatte ihre umgehende und bedingungslose Freilassung gefordert.

ÄGYPTEN Am 3. Dezember wurden Gasser Abdel-Razek, Karim Ennarah und Mohamed Basheer freigelassen. Die Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Ägyptische Initiative für persönliche Rechte (EIPR) waren zwischen dem 15. und dem 19. November von Sicherheitskräften festgenommen und im Tora-Gefängnis inhaftiert worden. Allem Anschein nach handelte es sich dabei um eine Vergeltungsaktion, weil die EIPR 13 westliche Diplomaten zum Austausch über Menschenrechtsthemen eingeladen hatte. Drei Tage nach der Freilassung entschied ein Gericht, private Konten der drei Männer einzufrieren. Außerdem wird weiter gegen sie wegen »Beitritt zu einer terroristischen Gruppe« ermittelt. Die Freilassung erfolgte nach internationalem Protest, an dem Amnesty beteiligt war.

Erfolge

PARAGUAY Die Behörden haben im November Maßnahmen zum Schutz von Bernarda Pesoa ergriffen und eine Untersuchung wegen eines Angriffs auf sie eingeleitet. Die Sprecherin einer indigenen Bevölkerungsgruppe war Ende Oktober im Gesicht und am Kopf verletzt worden, als neun Männer und Frauen sie angriffen. Pesoa setzt sich in ihrer Gemeinde Santa Rosa für Landrechte und für die Umwelt ein. Die Angreifer_innen stammten laut Pesoa aus einer Nachbargemeinde. Hintergrund ist eine geplante Eukalyptus-Plantage, die das Gebiet beider Gemeinden betrifft. Pesoa und andere Indigene lehnen das Projekt ab. Nach der Veröffentlichung einer Eilaktion von Amnesty ordnete ein Gericht Schutz für die Indigene-Sprecherin an. Der Senat rief eine Dialogreihe ins Leben, zu der Amnesty eingeladen wurde.

TOGO Am 17. Dezember 2020 wurden Brigitte Kafui Adjmagbo und Gérard Yaovi Djossou aus der Haft entlassen. Beide sind Mitglieder von Dynamique Monseigneur Kpodrzo (DMK), einem Zusammenschluss von Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie waren am 27. und 28. November 2020 festgenommen worden, nachdem DMK zu einer friedlichen Demonstration in Lomé aufgerufen hatte. Mit der Kundgebung sollte gegen das umstrittene Ergebnis der Präsidentschaftswahl protestiert werden, das Präsident Faure Gnassingbé eine vierte Amtszeit ermöglicht hatte. Brigitte Kafui Adjmagbo und Gérard Yaovi Djossou wurden wegen »krimineller Verschwörung« angeklagt. Amnesty begrüßte die Freilassung und forderte die Behörden auf, die politisch motivierten Anklagen gegen sie fallen zu lassen.

RETTEN VERBOTEN.

Anstatt Menschen in Not zu helfen, schottet sich Europa immer mehr ab. Kinder, Frauen und Männer stranden an den Grenzen Europas oder ertrinken auf dem Weg dorthin. Es wird immer schwieriger für geflüchtete Menschen Schutz zu finden. Doch wer sich für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant_innen einsetzt, gerät schnell ins Fadenkreuz von Ermittler_innen.

Die ehrenamtliche Besatzung der Luventa hat im Mittelmeer mehr als 14.000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet. Gegen zehn ehemalige Besatzungsmitglieder wurde ermittelt, vier von ihnen werden vor Gericht angeklagt. Ihnen drohen hohe Strafen. Drei Jugendliche wollten nur in Sicherheit gelangen und andere Gerettete schützen. Jetzt drohen ihnen lebenslange Haftstrafen. Stell dich an die Seite der Luventa Crew, der El Hiblu 3 und vieler anderer mutiger Menschen, die sich an den Grenzen Europas für die Rechte von Schutzsuchenden einsetzen!

Menschen dürfen nicht bestraft werden, weil sie geflüchteten Menschen geholfen haben. Jedes Leben muss gerettet werden, egal wo.

Anfang März wurde die Ermittlungen gegen die 10 Besatzungsmitglieder der Luventa10 beendet. Doch statt – wie von uns gefordert - die Anklage fallen zu lassen, beschuldigt die italienische Staatsanwaltschaft nun vier Besatzmitglieder der Unterstützung illegaler Einwanderung. Das Verfahren wird nun im Laufe des Jahres vor Gericht fortgesetzt. Neben der Luventa Crew wurden weitere zivile Seenotrettungsorganisationen angeklagt. Wir haben unsere Petition an die italienische Staatsanwaltschaft daher beendet. Vielen Dank an alle Unterzeichner_innen. Wir bleiben dran und überlegen uns die nächste Schritte. Dieses unrechtmäßige Verfahren gegen Lebensretter_innen muss endlich beendet werden.

KONTAKT

WENN SIE DIESES HEFT INTERESSIERT UND SIE WISSEN MÖCHTEN, WIE SIE ES BEZIEHEN KÖNNEN, GEHEN SIE AUF DIE SEITE

www.amnesty-augsburg.de/mach-mit-heft

DORT ERKLÄREN WIR IHNEN, WIE UND WO SIE DAS HEFT BEKOMMEN KÖNNEN. AUSSERDEM FINDEN SIE DORT DAS AKTUELLE HEFT ZUM DOWNLOAD.

WIR WÜRDEN UNS FREUEN, SIE AUF DIESER SEITE BEGRÜSSEN ZU DÜRFEN.

IMPRESSUM

REDAKTION - BEZIRKE AUGSBURG UND FREIBURG

DRUCK - HOFMANN DRUCK NÜRNBERG

INFOS IM INTERNET

www.amnesty.de (deutsche Amnesty-Sektion)

www.amnesty.org (internationale Website)

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Zinnowitzer Str. 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-488.

E: info@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO bei der Bank für Sozialwirtschaft:
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 BIC BFSWDE33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,
wie amnesty international bekannt gegeben hat, wird der Menschenrechtler Ibrahim Ezz el-Din seit 2019 willkürlich in Haft gehalten. Er arbeitete bei der Ägyptischen Kommission für Rechte und Freiheiten (ECRF) zum Recht auf Wohnen. Nach seiner Festnahme im Juni 2019 war er 167 Tage Opfer des Verschwindenlassens und wurde nach eigenen Angaben gefoltert, um Informationen über seine Menschenrechtsarbeit und die Organisation ECRF zu erlangen. Aufgrund der schlechten Haftbedingungen hat sich sein Gesundheitszustand verschlechtert. Unter anderem leidet er an Depressionen und hat im Jahr 2020 zwei Suizidversuche unternommen. Ibrahim Ezz el-Din ist einem erhöhten Risiko durch COVID-19 ausgesetzt, zumal seine chronischen Allergien Atembeschwerden verursachen. Ich fordere Sie hiermit auf, dafür zu sorgen, dass Ibrahim Ezz El-Din umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Bis zu seiner Freilassung bitte ich Sie sicherzustellen, dass er Zugang zu angemessener medizinischer und psychiatrischer Versorgung erhält. Zudem müssen das Verschwindenlassen sowie die Folttervorwürfe von Ibrahim Ezz El-Din untersucht und alle Verantwortlichen in fairen Verfahren ohne die Option der Todesstrafe vor Gericht gestellt werden.

Name, Ort

Unterschrift

Exzellenz,
wie ich von der weltweit tätigen Menschenrechtsorganisation amnesty international erfahren habe, werden in Ihrem Land immer noch jedes Jahr Tausende junge Mädchen zwangs-verheiratet. Sie erhalten meist keinen Zugang zu Bildung und sind in der Ehe häufig sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Bei der Geburt ihrer eigenen Kinder schweben sie teils in Lebensgefahr. Ein 13-jähriges Mädchen berichtete amnesty international, dass sie drei Tage lang mehr als 160 Kilometer zu Fuß zurückgelegt hat, um der Zwangsverheiratung mit einem 70-jährigen Mann zu entkommen, der bereits fünf Frauen hatte.

Während Ihrer ersten Amtszeit haben Sie versprochen, Zwangs- und Kinderehen zu verbieten. Es wurde zwar eine nationale Strategie auf den Weg gebracht, um Kinderehen bis 2025 zu beenden, und auch das Strafgesetzbuch wurde überarbeitet, aber diese ersten Bemühungen zum Schutz der Mädchen reichen noch nicht aus.

Ich fordere Sie daher auf sicherzustellen, dass die Nationale Strategie zur Abschaffung von Kinderehen bis 2025 vollständig umgesetzt wird. Zudem fordere ich Sie auf, Ihr Versprechen einhalten, das Familien- und Personenrecht zu überarbeiten, um das gesetzliche Mindestheiratsalter für Jungen und Mädchen gemäß internationaler und afrikanischer Menschenrechtsabkommen auf 18 Jahre anzuheben.

Name, Ort

Unterschrift

BITTE
FREIMACHEN

0,95

Office of the Public Prosecutor
Hamada al-Sawi
Madinat al-Rehab
Cairo
ÄGYPTEN / PAR AVION

BITTE
FREIMACHEN

0,95

President
Roch Marc Christian Kaboré
03 BP 7030 Ouagadougou 03

BURKINA FASO/ By Airmail

IBRAHIM EZZ EL-DIN, EGYPT

DISAPPEARED FROM THE STREETS OF CAIRO

WRITE
FOR
RIGHTS

AMNESTY
INTERNATIONAL

